

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindevorsteher des Bezirks. Dieses Blatt im Bezirk. Erscheint seit 1843.



Anzeigeblatt für Bischofswerda, Reutitz, Stolpen und Umgegend wie für die angrenzenden Bezirke. — Wöchentlich. Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt. Fernsprecher Nr. 22.

Verlagsstelle: Bischofswerda, Markt 15. Erscheint jeden Montag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Verlagsstelle monatlich Mk. 3.—, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 3.25, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 9.— ohne Zustellungsgebühr.

Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 21543. — Gemeindevorstandsbüro Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg, oder sonstiger irgend welcher Einwirkung des Betriebes der Zeitung oder der Verleger-Einrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Grundzeile (Zm. Maffe 14) oder deren Raum 90 Bg., drückende Anzeigen 60 Bg. Im Tegeteil (Zm. Maffe 15) 180 Bg., die gespaltene Zeile bei Wiederholungen nachfolgend nachfolgenden Tagen. — Ähnliche Anzeigen die gespaltene Zeile 120 Bg. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 165.

Sonntag, den 18. Juli 1920.

74. Jahrgang.

Annahme des Kohlendiktats der Entente.

Ablehnung der Einmarschklausel. — Eine neue Konferenz in Genf.

Spa, 16. Juli. (B. T. B.) Amtlich: In der heutigen Besetzung der Konferenz hat die deutsche Delegation die Forderungen der Entente in der Kohlenfrage angenommen und unterzeichnet, nachdem in der obersteilischen Kohlenverteilungsfrage eine Berücksichtigung der deutschen Forderung in Aussicht gestellt worden war und unter Ablehnung des § 7 des Vertrages, der die Einmarschklausel enthält. Die Beratung der Wiedergutmachungsfrage wurde auf eine neue Konferenz, die in einigen Wochen in Genf stattfinden soll, vertagt.

Die Alliierten haben das erprete, für sie unerwartet günstige Angebot der deutschen Delegation nur so weit verändert angenommen, als es ihnen offensichtliche Vorteile einbringt. Die wichtigsten, ja die einzig wertvollen von uns geforderten Gegenleistungen haben sie abgelehnt oder so verwässert, daß wir nichts mehr davon zu erwarten haben. So wird, entgegen unserem Vorschlag, die Kontrollstelle der Entente in Berlin, die unsere ganze Kohlenverteilung überwachen wird, sofort eingerichtet. Was das bedeutet, geht aus der Anlage der Ententeantwort sehr deutlich hervor. Wieder ist ein Souveränitätsrecht damit verloren gegangen. Sehr weit sind wir von dem Zustand, daß ein englischer Bischof oder ein französischer Gouverneur die Kolonie Deutschland verwaltet, nicht mehr entfernt.

Bedingungslos haben wir der Entente auf vorläufig sechs Monate zwei Millionen Tonnen Kohle zur Verfügung gestellt, was natürlich von der Gegenseite mit Vergnügen akzeptiert wird. In der Frage der Preisberechnung, der obersteilischen Kohlenverteilung, der Einsetzung einer gemischten Kommission in Essen, der Lebensmittel- und Vorkaufsgewährung reicht man uns den kleinen Finger und kommt uns, immer mit Sicherungen und Vorbehalten verschiedener Art, einen halben oder einen viertel Schritt entgegen. Um dann aber am Schluß nur um so wichtiger zu einem vernichtenden Schlage gegen uns auszuholen, indem bestimmt werden soll, daß schon nach Verlauf eines Vierteljahres Straf- und Zwangsmaßnahmen Platz zu greifen hätten, falls unsere Gesamtlieferungen für August, September und Oktober die bis dahin schuldigen 6 Millionen Tonnen nicht erreichten. Das Ruhrgebiet — immer soll die Möglichkeit seiner Besetzung wie ein Damoklesschwert über unserem Haupte schweben.

Nach der amtlichen Meldung hat die deutsche Delegation die Anerkennung dieses Strafparagrafen verweigert. Damit sind die Strafmaßnahmen aber noch keineswegs hinfällig geworden. Sie wären es nur, wenn wir unsere Unterschrift davon abhängig gemacht hätten, daß diese brutale Drohung aus dem Text entfernt wird. Das ist nicht geschehen. Allem Anschein nach ist über diesen schwerwiegenden Punkt eine Abmachung getroffen worden, in dem Sinne, daß wenigstens, wie der Volksmund sagt, „das Gesicht gewahrt wird“. Eine zuvor eingegangene Meldung aus Spa berichtet:

Man nimmt an, daß die Alliierten erklären werden, daß die Unterschrift der deutschen Delegation unter diesen Punkt nicht verlangt wird, daß die Strafandrohung eine unter den Alliierten getroffene und nur für sie verbindliche Beratung sei. Mit dieser Erklärung wird sich die deutsche Delegation wahrscheinlich zufrieden geben, so daß die Einigung in der Kohlenfrage als Gewißheit angesehen werden darf.

In der wichtigen Frage der obersteilischen Kohlen, deren Regelung im Sinne des deutschen Antrages (Verteilungsbeschluss oder mindestens 1,5 Millionen Tonnen für Deutschland) grundlegende Vorbedingung für unsere Lieferungsleistung ist, hat die Entente uns gnädigst eine Berücksichtigung der deutschen Forderungen „in Aussicht“ gestellt. Wir hängen also auch in diesem Punkte völlig von der Gnade der Entente ab. Die einzigen scheinbaren Verbesserungen der Ententeantwort: Prämie von 5 Goldmark pro Tonne und Gewährung eines Vorkaufes in Höhe des untersteilischen Verkaufspreises und Weltmarktpreises

der Kohle erweisen sich bei näherer Betrachtung als unbedeutend bzw. mehr als zweifelhaft. Bei zwei Millionen Tonnen im Monat würde die Entente beim heutigen Kurs ganze 70 Millionen Papiermark monatlich für die Bergarbeiter zurückzahlen. Das ist keine Summe, die bei unseren Milliardenausgaben heute irgendwie ins Gewicht fällt. Diese 70 Millionen Papiermark liegen sich sehr wohl von uns aufbringen. Es ist aber doch bezeichnend, daß die Alliierten hier wenigstens etwas zahlen wollen. Sie haben erkannt, daß die deutschen Arbeiter sehr wohl in der Lage sind, jede Wiedergutmachung, jede Kohlenlieferung u. m. g. g. l. i. c. h. zu machen, ja daß der ganze Versailler Friede bei entschlossener, nationaler Haltung der deutschen Arbeiterschaft undurchführbar sein könnte. Deshalb betonen sie ihr „Verständnis“ für die Ernährungslage der Bergarbeiter, suchen sie diese, auch schon im Hinblick auf die für später doch beachtliche Besetzung des Ruhrgebietes, für sich zu gewinnen. Dabei wird das ganze übrige Deutschland, einschließlich seiner Arbeiterschaft, im nächsten Winter noch stärker frieren als im vergangenen, werden zahlreiche Industriezweige voraussichtlich aus Kohlenmangel stillgelegt werden und das Heer der Arbeitslosen anschwellen müssen. Reichstanzler Fehrenbach sagte kürzlich zu einem Journalisten: „Wenn wir nachgeben würden, dann würde unsere Industrie gänzlich ruiniert werden.“ Das genügt zur Charakterisierung der „Einigung von Spa“.

Der Vorschlag den die Alliierten uns zahlen wollen, mag im Augenblick zur Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen für uns wertvoll sein, eine wirkliche Leistung der Gegner stellte er in Wahrheit nicht dar, solange die Entschädigungssumme, die wir zu zahlen haben, noch nicht festgelegt ist. Die Entente wird natürlich jede Zahlung von ihrer Seite mit Zins und Zinseszins auf diese Summe aufschlagen. Darauf können wir uns verlassen. Außerdem haben die Alliierten diesen ganzen Vorschlag schon dadurch verdient, daß wir ihnen die Kohlen zum Inlandspreis liefern müssen, den sie natürlich nicht bezahlen, sondern der auf das imaginäre Reparationskonto angerechnet wird.

Hoffentlich erkennt man nunmehr endlich die brutale rohe Ausbeutungspolitik unserer Feinde und gibt sich für die Konferenz in Genf keinen Illusionen hin, wie wir sie vor Spa hegten.

Frankreichs Sieg in der Kohlenfrage.

Paris, 16. Juli. Über die gestrigen Debatten in Spa berichtet die französische Presse: Eine starke Verstärkung machte sich zwischen Lloyd George und den übrigen Delegierten geltend. Man hatte Mühe, in Lloyd George den Mann wiederzuerkennen, der tags zuvor eine solche Energie in der Zurückweisung der deutschen Angebote entwickelt hatte und der nunmehr nach der Erklärung Deutschlands, monatlich 2 Millionen Tonnen liefern zu wollen, alles tat, damit Frankreich jene Beträge bezahle, die Deutschland für die Kohlen forderte. Lloyd George erklärte den französischen Delegierten, wenn sie von Deutschland Kohlen wünschten, so müßten sie diese zu dem wirklichen Werte bezahlen, der nur der Weltmarktpreis sein könne, denn Deutschland könne, wenn die Kohle nicht zum Weltmarktpreis bezahlt würde, im Ausland keine Rohmaterialien kaufen, für die es den Weltmarktpreis bezahlen müsse, Lloyd George forderte von den Franzosen 120 Schilling für die Tonne, das wäre nur 40 Schilling unter dem Preise, den Frankreich an England zu zahlen hat. Gegen diese Forderung wandte sich nicht nur Willebrand, sondern auch Graf Sforza, der sich der französischen Haltung anschloß, allerdings mit dem Bemerkten, daß die italienische Regierung einer militärischen Besetzung des Ruhrgebietes nicht allzu geneigt ist. Über den tiefgehenden Widerspruch zwischen den Preisen, auf die Deutschland offensichtlich ein Anrecht hat, und dem, den Frankreich zahlen will, kamen die Alliierten schließlich leichtfertig hinweg, indem sie Deutschland eine Erhöhung des Kohlenpreises zugestanden, aber den Weltmarktpreis nicht in Ansatz brachten.

Über die Rede, die Lloyd George gestern bei den alliierten Beratungen hielt, berichten die französischen Blätter, daß er erklärte, die amnestierenden Minister seien die Vertreter der Demokratie. Sie müßten daher eine Seite machen, deren

Größe die Arbeiter im Ruhrgebiet verstehen würden. Man würde die Arbeiter nicht durch Gewalt zur Arbeit bewegen, sondern nur dadurch, daß man ihre materielle Lage verbessere. Willebrand erwiderte, zwar habe die ganze Welt das größte Interesse daran, in Europa Ordnung zu schaffen, aber er halte sich an den Friedensvertrag, der die Wiedergutmachungskommission ermächtigt, die Preise für jene Dinge festzulegen, die Deutschland den Alliierten zu liefern habe. Deshalb könne er die Vorschläge Lloyd Georges in der Kohlenfrage nicht annehmen, sondern müsse fordern, daß namentlich die finanziellen Interessen Frankreichs berücksichtigt würden. — Wenn dies auch nicht in vollem Maße bei der endgültigen Feststellung des Kohlenabkommens geschehen ist, so muß doch gesagt werden, daß Frankreich mit dem Preis, den es an Deutschland zu zahlen hat, ein außerordentlich gutes Geschäft macht. Deutschland wurde wiederum ein Diktat auferlegt, das es zu unterschreiben hat. Besondere Freude findet die französische Presse darüber, daß Hugo Stinnes von Foch endgültig geschlagen worden sei. Das Duell sei kurz, aber tödlich gewesen. Man wird nichts anderes dazu sagen können, als daß der Waffengang zwischen Stinnes und Foch zweifellos ungleich war, da Stinnes keine Waffen in der Hand hatte, während Foch auf die gesamte interalliierte Militärmacht sich stützen konnte.

Holländisches Urteil über die Haltung der deutschen Delegation.

Amsterdam, 16. Juli. Der Korrespondent des „Allgemeinen Handelsblat“ meint, die Deutschen hätten nicht ungeachtet manövriert, aber andererseits dürfe man nicht vergessen, daß Deutschland auf der Konferenz zuerst mit sozialer Nachdruck hervorgehoben habe, Deutschland könne höchstens 1 Million Tonnen liefern, während man sich jetzt auf das doppelte Quantum von 2 Millionen Tonnen geeinigt habe. Dies sei typisch für die Haltung der Deutschen in der Steinkohlenfrage. Der endlose Ruhrhandel in der Steinkohlenfrage sei genau so ungenügend, wie die Argumente der Deutschen in der Entwaffnungsfrage unverständlich und nicht zu verteidigen gewesen seien.

Spa, 16. Juli. (B. T. B.) Reichstanzler Fehrenbach und Reichsminister des Äußeren Dr. Simons haben heute früh auf dem Friedhof in Spa auf den dort befindlichen Gräbern der deutschen Heeresangehörigen Kränze niedergelegt.

Spa, 16. Juli. (B. T. B.) Wie der Berichterstatter des „Intranseant“ aus Spa meldet, hat Marshall Foch heute nachmittags 5 Uhr Spa verlassen.

Spa, 16. Juli. (B. T. B.) Der Reichstagsabgeordnete Hus ist nachmittags im Kraftwagen über Aachen nach Deutschland zurückgekehrt.

Sachsens Forstwirtschaft in der Volkskammer.

SZ. Dresden, 16. Juli. Präsident Frähdorf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Etat-Kapitel. Bei dem Rechenschaftsbericht über Bad Eister werden alle Einstellungen bewilligt.

Abg. Günther-Blauen (Dem.) hebt dabei hervor, daß jeder Versuch, Spielbanken im Bad Eister zu gründen, unabsichtlich unterdrückt werden müsse. (Zuruf Abg. Hofmann (Deutschnat. Bp.): Aber nicht nur in Bad Eister!) Die Kammer nimmt die Vorschläge des Ausschusses einstimmig an.

Zu den Forsten erstattet den Bericht des Haushaltsausschusses Abg. Dr. Harter (Deutschnat. Bp.). Nach den Vorschlägen des Ausschusses werden die Einnahmen mit 145 086 600 M und die Ausgaben mit 29 961 045 M genehmigt.

Bei einzelnen Kapiteln ist der Etat durch Lohn- und Gehaltserhöhungen überschritten worden. Der Berichterstatter empfiehlt die Annahme des Ausschußantrages. Die Kammer stimmt dem zu.

Bei diesem Punkt der Tagesordnung entwickelt sich noch eine lebhafte Aussprache, in der zunächst Finanzminister Dr. Reinkopf das Wort ergreift. Er weist darauf hin, daß man ihm in der Presse Raubbau vorgehalten habe und stellt fest, daß man in den Jahren 1908/09 je 880 000 Festmeter Holz geschlagen worden wären und daß der Einschlag im Durchschnitt von 1904—1916 sogar 903 816 Festmeter betrug. In den vier Kriegsjahren von 1916—1918 wäre nur ein Jahres-